

heberrechtsgesellschaften, insbesondere mit der Motion Picture Association, mit der Macau in diesem Jahr bisher fünf gemeinsame Unternehmen zur Geltendmachung der Rechte gestartet hat, verbessert.“ Außerdem hätten Macaus Gerichte speziell ein beschleunigtes Anklagesystem eingeführt, das es erlaubt, einen Verdächtigen sofort vor Gericht zu bringen. „Angesichts dieses bedeutsamen Schwungs, den Macau zur Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums gezeigt hat, wird Macau vom Priority Watch List Status auf den Watch List Status heruntergestuft.“ Die USA werden allerdings, so der Prüfungsbericht, im Dezember dieses Jahres eine außerplanmäßige Überprüfung durchführen. (XNA, 4.5.00) -ljk-

Taiwan

48 DPP und KMT wählen neue Parteiführung

Im Juni standen bei den beiden größten Parteien des Landes Wahlen an. In der Demokratischen Fortschrittspartei DPP von Präsident Chen Shui-bian wählten die Mitglieder in einer Urwahl Frank Hsieh (Xie Changting), Bürgermeister von Kaohsiung, zum neuen Vorsitzenden. Hsieh war der einzige Kandidat. Die Wahlbeteiligung war mit 11,39% ungewöhnlich niedrig. Hsieh erzielte eine Zustimmung von 98,6%.

Der neue Vorsitzende, Jahrgang 1946, löst Lin I-hsiung, Jahrgang 1941, ab, der die DPP seit 1998 leitete. Frank Hsieh ist von Beruf Rechtsanwalt und kam wie Präsident Chen über die Verteidigung von Dissidenten nach dem Kaohsiung-Zwischenfall vom Dezember 1979 zur Politik.

Hsiehs Hauptaufgabe wird sein, die Partei zusammenzuhalten, deren traditionelle Identität als Befürworterin eines unabhängigen Staates Taiwan durch die von Präsident Chen forcierte Öffnung zur Mitte hin einer starken Belastungsprobe ausgesetzt ist. Die DPP-Mitglieder auf eine einheitliche Linie einzuschwören wird nötig sein, wenn die Partei ihr Ziel erreichen will, bei den Wahlen zur Legislative

Ende 2001 die KMT als stärkste Fraktion abzulösen. (CP, 26.6.00)

Bereits eine Woche zuvor waren 1.684 Delegierte zum Parteikongress der KMT zusammengekommen und hatten mit 90% der Stimmen Lien Chan (Lian Zhan) zum neuen Vorsitzenden der einstigen Regierungspartei gewählt. Lien, Jahrgang 1927, hatte nach dem vorzeitigen Rücktritt Li Teng-huis bereits die Parteileitung interimistisch innegehabt; er hatte keinen Gegenkandidaten. (CP, 19.6.00)

Tags darauf wählte das 230 Mitglieder umfassende Zentralkomitee (ZK) der KMT seinen 31 Köpfe umfassenden Ständigen Ausschuss neu. Nach der Niederlage in der Präsidentenwahl, die zu massiver Kritik an der bisherigen Parteiführung geführt hatte, wurde diese nun weitgehend ausgetauscht: 18 Mitglieder stiegen neu in das höchste Gremium auf, nur 13 aus dem alten Ausschuss wurden wieder gewählt. Der Frauenanteil erreichte mit 11 einen neuen Höchstwert. 12 der Mitglieder sind Parlamentarier. Mit der Wahl vollzog sich ein erster Schritt zur angestrebten stärkeren Demokratisierung der Partei: Erstmals wählte das ZK alle Mitglieder des Ausschusses. Zuvor war die Hälfte der Sitze vom Parteivorsitzenden mit ihm genehmten Personen besetzt worden. Der Parteitag beschloss, den Vorsitzenden in Zukunft durch eine Urwahl von der Parteibasis wählen zu lassen. (CNAT, nach SWB, 20.6.00)

Hauptaufgabe der neuen KMT-Führung ist, tiefgreifende interne Reformen in Angriff zu nehmen. Die Widerstände dagegen sind groß und zeigten sich schon auf dem Parteitag, als beschlossen wurde, keine Personen in die Führungsgremien zu wählen, die mit dem Strafrecht in Konflikt geraten waren. Namhafte Parteipolitiker, die von der Regel betroffen waren, protestierten gegen die angebliche Doppelbestrafung. Eine von Lien Chans Hauptaufgaben wird sein, das immense Parteivermögen - teils dubioser Herkunft - neu zu ordnen. Der Parteitag setzte zu dem Zweck einen Ausschuss ein, der in drei Monaten einen Bericht über das Parteivermögen vorzulegen hat. (CP, 20.6.00; SCMP, Internetausgabe, 19.6.00) -hws-

49 Neues Erdbeben verstärkt Erdrutschgefahr

In der Nacht zum 11. Juni erschütterte ein Beben der Stärke 6,7 die Insel. Das Epizentrum lag in Mitteltaiwan im Kreis Nantou. Es handelte sich um das in diesem Jahr bislang stärkste Nachbeben der großen Bebenkatastrophe, die Taiwan im September 1999 heimgesucht hatte.

Zwei Herzkranke starben vor Schreck, verletzt wurden 36 Personen, Gebäudeschäden entstanden nicht. Vor der nahenden Taifunaison führte das Beben im gebirgigen Zentraltaiwan jedoch zu einer dramatischen Erhöhung der Erdrutschgefahr. Bereits das letztjährige Beben hatte mit den dadurch ausgelösten Hebungen und Senkungen des Geländes Erdrutsche ausgelöst und viele Hänge instabil gemacht. Im Dorf Wusong sind nach dem letzten Beben 170 Haushalte besonders gefährdet und sollen kurzfristig umgesiedelt werden. Landesweit stehen 370 Gebiete unter besonderer Beobachtung. Bereits am 22. Mai hatte das neue Kabinett als eine der ersten Maßnahmen nach seinem Amtsantritt ein 200 Mio. NT\$ schweres Programm zur Erdrutschprävention auf den Weg gebracht. Nach wie vor unterbrochen und in ihrer Westhälfte unpassierbar ist die zentrale Ost-West-Querstraße. Touristen wird „für die nächsten Wochen“ von Fahrten ins zentrale Bergland abgeraten, zumal mit weiteren Nachbeben zu rechnen ist. (CP, 12.6.00) -hws-

50 Verkürzung der Wochenarbeitszeit beschlossen: KMT stilisiert sich zur Arbeiterpartei

Nachdem die Demokratische Fortschrittspartei DPP sich gegen den Widerstand der früheren Regierungspartei KMT jahrelang vergebens für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von bislang 48 Stunden eingesetzt hatte, zählte die Umsetzung eines diesbezüglichen Wahlversprechens zu den ersten Zielen der neuen Regierung. Am 13. Juni kam es dann in Absprache mit Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie zu einem Regierungsbeschluss, wonach zum 1. Januar 2001 eine Regelarbeitszeit von 44

Stunden pro Woche eingeführt werden soll. (CP, 14.6.00)

In einem überraschenden Schwenk setzte die von Popularitätsverlust geplagte KMT jedoch an, die DPP an Arbeiterfreundlichkeit zu übertrumpfen, und peitschte innerhalb von drei Tagen eine eigene Gesetzesvorlage durchs Parlament, wonach ab Anfang 2001 eine Zwei-Wochen-Arbeitszeit von 84 Stunden gelten soll: Dergestalt, dass arbeitsfreie Samstage mit 4-Stunden-Samstagen alternieren. Die DPP, die an sich das weitergehende Ziel einer generellen 40-Stunden-Woche anstrebt, sah sich im Parlament genötigt, mit der KMT gleichzuziehen. Da sich auch die anderen Parteien anschlossen, konnte das neue Arbeitszeitgesetz bereits am 16. Juni mit 113 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung verabschiedet werden. (CP, 16. und 17.6.00)

Nachdem im öffentlichen Dienst bislang schon jeder zweite Samstag arbeitsfrei war, verfolgte das Kabinett im Anschluss eine weitere Arbeitszeitverkürzung für Staatsangestellte. In Absprache mit der KMT-Fraktion, die die Mehrheit im Parlament stellt, wurde schließlich eine Regelung gefunden, wonach im öffentlichen Dienst schon ab 1.1.2001 die 40-Stunden-Woche gelten soll. Im Gegenzug werden mehrere Feiertage gestrichen. (CP, 19.6., 20.6., 23.6.00)

Die geplante Arbeitszeitverkürzung stieß bei den Arbeitgebern auf heftige Kritik. 75% der Unternehmen erklärten, sie stünden vor der Wahl, um 18,75% erhöhte Arbeitskosten hinzunehmen oder ihre Produktion einzuschränken. (CP, 24.6., 26.6.00) Selbst wenn anzunehmen ist, dass ein Teil der Veränderung durch eine Erhöhung der Produktivität aufgefangen werden kann, ist klar, dass die Maßnahmen einen seit langem zu verzeichnenden Strukturwandel beschleunigen werden. Demnach geben immer mehr Mittel- und Kleinbetriebe im Niedriglohnbereich auf bzw. verlagern ihre Produktion ins Ausland. Entsprechend wurden Befürchtungen laut, die Arbeitszeitverkürzung könne sich als Danaergeschenk erweisen, indem sie zu erhöhter Arbeitslosigkeit führe. Ob dies wirklich eintreten wird, bleibt abzuwarten. Eine Beschleunigung des Strukturwandels hin zu höherwertigen

Arbeitsplätzen für Mitarbeiter mit erhöhtem Freizeitbedarf könnte im Gegenteil auch zu einer Stärkung von Taiwans Stellung im internationalen Wettbewerb führen. -hws-

51 Sechs-Punkte-Arbeitsplan des neuen Kabinetts

Premierminister Tang Fei gab im Juli einen sechs Punkte umfassenden Arbeitsplan des neuen Kabinetts bekannt. Er umfasst:

1. Stärkung der Verteidigung, Ausweitung der Diplomatie und Förderung des Dialogs mit China,
2. Durchsetzung einer „sauberen“ Politik und Verbesserung der öffentlichen Ordnung,
3. Verbesserung des Wirtschaftsklimas,
4. Förderung von Bildung und Erziehung und Taiwans Entwicklung zu einem Informations- und Kulturstaat,
5. Beschleunigung der Regierungsreformen im Hinblick auf eine neue Partnerschaft zwischen Regierung und Öffentlichkeit,
6. Beschleunigung des Wiederaufbaus nach dem Erdbeben vom 21.9.1999.

Als konkrete Maßnahmen wurden benannt:

- Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption,
- Prüfung der Realisierbarkeit direkter Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen mit dem Festland,
- allmähliche Reduzierung der Zahl der nach Taiwan einreisenden Gastarbeiter,
- schrittweise Einführung von Wohlfahrtsleistungen nach dem „3-3-3-System“ (3.000 NT\$ Grundrente für alle über 65-Jährigen, 3-Prozent-Darlehen für alle jungen Leute, die ihr erstes Wohneigentum erwerben, kostenlose medizinische Versorgung für alle Kinder bis zu drei Jahren),
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit und Umwandlung Taiwans in eine „grüne Silikon-Insel“,
- Verbesserung der Bankenaufsicht,

- Verbesserung der Finanzbeziehungen zwischen der Zentralregierung und den regionalen Regierungen,
- Revision regionaler Entwicklungspläne mit dem Ziel einer ausgewogenen Stadt-Land-Entwicklung.

Hinsichtlich des Verhältnisses mit dem Festland schlug Tang zudem den Aufbau beiderseitiger vertrauensbildender Mechanismen vor, um die Gefahr eines durch Fehleinschätzung oder Fehlinformationen ausbrechenden ungewollten Konfliktes zu bannen. Ebenfalls auf der Agenda der neuen Regierung stehen die Berufung einer Menschenrechtskommission und die Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen. (CNAT, nach SWB, 5.6. und 16.6.00)

Tang Feis Programm lässt stärker als womöglich erwartet die Handschrift von Präsident Chen erkennen. Die Säuberung der Politik, das aktive Eintreten für Menschenrechte, die Bildungsinitiative und anderes waren in Chens Antrittsrede angesprochen worden bzw. entsprechen den Positionen von Chens Partei, der DPP. Der größte Teil der Punkte ist jedoch kaum kontrovers. Vermisst wird vor allem ein Bekenntnis zu den ökologischen Zielen, wie sie die DPP und der Präsident vertreten. -hws-

52 Chen Shui-bian regt Gipfeltreffen mit Jiang Zemin an; Zukunft des Dialogs mit China weiter ungewiss

Nach dem Aufsehen erregenden Besuch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung bei seinem nordkoreanischen Gegenspieler Kim Jong-il am 13. Juni wurden sogleich in Taiwan Überlegungen laut, solch ein Gipfeltreffen müsse doch auch zwischen der VR China und Taiwan möglich sein. Als Präsident Chen Shui-bian dann am 20. Juni seine erste Pressekonferenz nach dem Amtsantritt abhielt, baute er eine Einladung an Jiang Zemin in seine Rede ein. Welche Form ein solches Treffen habe und wo es stattfinden, sei ihm gleich. Chen verband die Einladung mit einem weiteren Entgegenkommen: Er sei bereit, die Position zu übernehmen, die bei der Aufnahme des Dialogs zwischen beiden Seiten im Jahr 1992 gegolten habe, wonach beide Seiten das Ein-China-Prinzip befürwor-

ten, sich jedoch verschiedene Deutungen vorbehalten. (Chinese Television System, Taipei, nach SWB, 21.6. und 22.6.00)

Erwartungsgemäß wies Beijing Chens Ansinnen zurück. Die Situation in China sei nicht mit der in Korea vergleichbar. Mit seinem Interpretationsvorbehalt wolle er nur seine wahre Position verschleiern. (FAZ, 21.6.00; Wall Street Journal, Internetausgabe, 21.6.00; Zhongguo Tonxun She, Hongkong, nach SWB, 30.6.00)

Während also Beijing nach wie vor darauf besteht, dass ihre Ein-China-Doktrin von der neuen taiwanischen Regierung ohne Abstriche übernommen werde, gibt es Andeutungen, dass man in Beijing versucht, andere Kanäle des Dialogs zu öffnen, und zwar mit den als dialogfreundlicher eingeschätzten Parteien im Taibeier Parlament. Tatsächlich planten sowohl die traditionell wiedervereinigungsorientierte New Party (NP) als auch die People First Party (PFP) Besuche von Parlamentarierdelegationen auf dem Festland. Beide Parteien zogen ihre Pläne jedoch zurück. Im Falle der PFP hing dies offenbar mit Überlegungen der Staatsraison zusammen, da Parlamentarierbesuche von Seiten der DPP- und der KMT-Fraktionen bislang verweigert worden seien und die PFP nicht das Risiko eingehen könne, in der gegenwärtigen Situation für die Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen Verantwortung zu übernehmen. Im Falle der NP war zwar nur von einer Verschiebung der Reise die Rede; als Grund wurde genannt, dass die chinesische Seite darum gebeten habe. Allerdings hatte die NP angekündigt, sich vor der Reise mit der halb-offiziellen Straits Exchange Foundation (SEF) und dem quasiministeriellen Rat für Festlandsfragen (MAC) absprechen zu wollen. Beide Organisationen gelten in Beijing als Repräsentanten der Chen Shui-bian-Regierung, mit denen man nichts mehr zu tun haben möchte. (CNAT, nach SWB, 8.6., 16.6., 23.6.00; Ming Pao, Hongkong, Internetausgabe, nach SWB, 14.6.00)

Einstweilen beschränkt sich der chinesisch-taiwanische Dialog daher auf persönliche Begegnungen und den Besuch von Handelsdelegationen. So traf der frühere Präsident des Legislativ-Yuan, das PFP-Mitglied

Liu Sung-pan (Liu Songpan), Anfang Juni in Beijing mit Chinas Vizepremier Qian Qichen zusammen. (SCMP, Internetausgabe, 10.6.00; Ming Pao, Internetausgabe, 11.6.00) Ende des Monats verlautete, China habe vorläufig zugestimmt, dass der jetzige Parlamentspräsident, das KMT-Mitglied Wang Jin-pyng (Wang Jinping), zu Gesprächen einreisen könne, um einen neuen Dialogkanal zu eröffnen, nachdem der alte über die SEF für Beijing nicht mehr als gangbar angesehen wird. (CNAT, nach SWB, 29.6.00) Kurz zuvor empfing Jiang Zemin bereits eine taiwanische Wirtschaftsdelegation, die erste nach der Wahl des neuen Präsidenten. (FAZ, 27.6.00) Auch wenn beide Seiten wiederholt Zuversicht verbreiteten, den regulären Dialog noch in diesem Herbst wieder aufnehmen zu können, muss bezweifelt werden, dass es schon so bald dazu kommt. Zwar haben beide Seiten ihre Positionen einander bereits angenähert, mit ihrer Ein-China-Doktrin hat die chinesische Regierung jedoch eine Hürde aufgebaut, die sie nun selbst behindert. Zudem ist offensichtlich, dass in Beijing nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen bestehen. Inwieweit persönliche Besuche taiwanischer Oppositionspolitiker zu einer Flexibilisierung der in Beijing herrschenden Positionen beitragen können, bleibt abzuwarten. -hws-